

## Die Anfangsjahre mit Baden bis zum Wiener Kongress.

von Jürgen Bödeker

### A. „Zu kurz, um ein guter Badener zu sein“ (9).

Der Ursprung der Markgrafschaft Baden reicht in das 11. Jahrhundert zurück. Hermann I., aus dem Geschlecht der Zähringer, hatte das Gebiet um Baden-Baden von den Staufern erhalten. Durch die Reformation wurde es in die katholische Markgrafschaft Baden-Baden und die evangelische Markgrafschaft Baden-Durlach geteilt. 1771 erbte Karl Friedrich von Baden-Durlach den Besitz Baden-Baden von deren ausgestorbener Mannesstammlinie. Residenz wurde Karlsruhe. Die Markgrafschaft war zu dieser Zeit Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Karl Friedrich war den beiden Konfessionen seines Landes tolerant gesonnen. Er stand den französischen Physiokraten nah, die in der Landwirtschaft eine wesentliche Quelle des Reichtums sahen. 1767 schaffte er die Tortur, 1783 die Leibeigenschaft ab. Er war ein aufgeklärter, absolutistischer Herrscher, der sich früh mit den gesellschaftlichen Veränderungen der Französischen Revolution auseinandersetzen musste. Die Errichtung einer parlamentarischen Volksvertretung und die damit verbundenen Reformen in Frankreich hatten durch den aufkommenden Liberalismus in Deutschland viele Anhänger gefunden. Errungenschaften, wie die Bauernbefreiung, die Festlegung der Grundrechte, eine staatliche Verfassung, die Trennung von Kirche und Staat und die Neuordnung des Heeres wurden durch die Militärdiktatur Napoleons allerdings in großen Teilen wieder zurückgenommen. Die Volksvertretung wurde entmachtet. Es war Napoleon, der die Gesetzesvorschläge einbrachte; vom ihm wurden Richter und Präfekten ernannt, sowie Verwaltung, Polizei und Erziehungswesen kontrolliert. Die Bevölkerung wählte lediglich machtlose Gesetzgebungsorgane, sicherte aber durch Plebiszite die Machtstellung ihres Herrschers (1).

Die politischen Umwälzungen in Frankreich griffen frühzeitig auf die linksrheinischen Besitzungen Badens über. Noch intensiver als die Gebiete am Hochrhein wurde Baden in die Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und dem Kaiserreich einbezogen. Als Aufmarschgebiet für die österreichischen Truppen hatte es für Einquartierung und Verpflegung zu sorgen, musste auch Truppen bereitstellen und damit bedrückende Kosten schultern. Der Separatfrieden von Basel 1795 zwischen Napoleon und Preußen belastete Baden schwer. Die linksrheinischen Gebiete gingen endgültig verloren. 1796 besetzten die Franzosen Baden und Karl Friedrich musste Zuflucht im preußischen Ansbach suchen. Aus dieser ausweglosen Situation heraus ließ Karl Friedrich durch den fränkischen Adligen von Reitzenstein 1796 in Paris einen Separatfrieden mit Napoleon vereinbaren, der in J. Ruchs Darstellung der Waldshuter Geschichte missbilligt wird (12). Baden verließ die Koalition mit dem Deutschen Kaiser und geriet unter französischen Einfluss. Karl Friedrich suchte in den folgenden Jahren die Neutralität. Sein Land wurde 1799 aber erneut Aufmarschgebiet beider feindlichen Heere mit den damit verbundenen materiellen Lasten (3). Die Niederlage Österreichs leitete die endgültige Entschädigung für die verlorenen linksrheinischen Gebiete ein. Auf dem Reichdeputationshauptschluss 1803 wurden Reichskirche und Reichsstädte Opfer der Neuregelung. Die Kurpfalz, halbiert durch die linksrheinischen Verluste, ging von Bayern an Baden über (3). Karl Friedrich, begehrter Vermittler zwischen Frankreich und Russland, wurde Kurfürst. Seine Gebietszuwächse waren beträchtlich: neben der Kurpfalz erwarb er das Hochstift Konstanz, Straßburg, Speyer, Überlingen, Pfullingen, Gengenbach, Offenburg und Teile des Hochstifts Basel (3). Rechtsrheinisch gewann er das Zehnfache an Bevölkerung, die er linksrheinisch verloren hatte. Baden verdoppelte so seine Bevölkerung.

1803 betrug die Einwohnerzahl etwa 450000 (15). Da Schutz und weiterer Gebietszuwachs von Habsburg nicht zu erwarten waren, gab Karl Friedrich im 3. Koalitionskrieg seine Neutralität auf und verbündete sich mit Frankreich. Das Resultat war ein erneuter Gebietszuwachs im Friedensvertrag von Preßburg 1805. Mit der Ortenau und dem Breisgau war ein Zuwachs von 160000 Untertanen verbunden (3). Die Abhängigkeit von Napoleon und seinen Verfassungsvorstellungen waren ein hoher Preis dafür. Der Beitritt zum Rheinbund führte zum endgültigen Verlust der Unabhängigkeit Badens. Es war nun an die Kriegspläne Napoleons gebunden, hatte sich vom Reich losgesagt, und der Kurfürstentitel war für Karl Friedrich bedeutungslos geworden (3). Baden wurde Großherzogtum, gewann fürstbergische Gebiete, Bonndorf, Leiningen, Löwenstein-Wertheim und erneut 270000 Einwohner (3).

Zur Eingliederung der neu erworbenen Gebiete war eine den aktuellen geschichtlichen Gegebenheiten angepasste Sozialpolitik erforderlich. Der Versuch des Juristen Brauer, der nach 1803 für die badische Innenpolitik verantwortlich war, ständisch geprägte Traditionen und regionale Besonderheiten in die Verfassungsreform einzubauen, scheiterte am rapiden Gebiets- und Bevölkerungswachstum Badens. Bereits Anfang 1806 war der Vertretung der Landesstände, dem Konseß in Freiburg mitgeteilt worden, dass die Klöster aufgehoben, die bisherige Verfassung außer Kraft und die Vollmachten der Ständevertretung erloschen seien (9). Mit dem Eintritt Badens in den Rheinbund bestimmte französisches und nicht mehr traditionelles Gedankengut die Reformpolitik, für die nun von Reitzenstein verantwortlich war (15). Claudia Westermann schildert im Band 2 zur Geschichte der Stadt Waldshut ausführlich, wie schwierig und verzögert sich die Verfassungsreform in Waldshut umsetzen ließ (16). Die Politik des Kurfürsten orientierte sich auch auf kommunaler Ebene am Zentralismus und an den Vorgaben, die aus Frankreich kamen. Platz für eine kommunale Selbstverwaltung gab es da nicht mehr. Frühere Privilegien der Städte verfielen, Städte und Landgemeinden erhielten vergleichbare Organisationsformen. Der Stadtrat hatte für Ruhe und Ordnung in der Bürgerschaft zu sorgen, der Bürgermeister für die Durchführung kurfürstlicher Rechte. Überwacht wurde das von einem großherzoglichen Oberamt. Waldshut war durch das bisherige Waldvogteiamt an eine solche staatliche Aufsichtsbehörde bereits gewöhnt (16). Allerdings verlor Waldshut die Gerichtsbarkeit und damit den Syndikus. Auch die Rechte der Zünfte wurden beschnitten.

Schon als Markgraf hatte sich Karl Friedrich bemüht, die materiellen Bedürfnisse seiner Untertanen zu verbessern. Diese Aufgabe wurde mit Zunahme der Bevölkerung immer wichtiger. Durch die Schaffung industrieller Betriebe wollte er diesem Anspruch gerecht werden. Einer der Schwerpunkte war die Textilindustrie. Auch in Schopfheim, Säckingen und Waldshut fanden sich frühzeitig Ansätze textiler Fabrikation (15). Die Uhrenherstellung in Heimarbeit wurde im Südschwarzwald gefördert, ebenso der Bergbau. Überfüllte Waisenhäuser wurden aufgelöst, die Kinder in Familien untergebracht. Frühzeitig hatte Karl Friedrich die Leibeigenschaft der Bauern aufgehoben. Der Naturalfronen wurde gegen den Widerstand einiger Bauern durch eine Geldabgabe ersetzt. Schul- und Erziehungswesen wurden reformiert, naturwissenschaftlicher Unterricht eingeführt, die Kirchen unter Staatsaufsicht gestellt. Das Wehrwesen und die militärischen Anforderungen mussten unter dem Einfluss Napoleons umgestaltet werden. Die allgemeine Wehrpflicht und die Aushebungen provozierten erhebliche Unruhen. Die Haushaltslage war durch die Unterstützung der Napoleonkriege und die Kontributionen prekär, die Finanzlage der erworbenen Gebiete unorganisiert und noch schlechter als im ursprünglichen Baden. Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften, schlechte Verkehrsverbindungen und Zollschranken verhinderten einen anhaltenden Aufschwung, erforderten dagegen Steuererhöhungen (15). Ein großes Verdienst Badens ist das Bemühen, das öffentliche Recht von der Willkür der momentanen Regierungsgewalt zu lösen, was die Rechtsprechung der Kommunen einschränkte (15).

Eine Trennung von Verwaltung und Justiz gelang aber noch nicht. Zu einer zeitweiligen Unterbrechung des Reformeifers kam es mit Beginn des Befreiungskrieges in Spanien 1808, der Österreich ermutigte, 1809 wieder Krieg gegen Napoleon zu führen. Baden und die anderen Rheinbundstaaten waren dabei Napoleon verpflichtet.

### **B. „Herr, Dein Wille geschehe“ (9).**

Die kulturellen und religiösen Bindungen, von Habsburg geprägt, bestanden in der Bevölkerung am Hochrhein und im Breisgau verständlicherweise länger fort als die politischen. Die Selbstverwaltung war den Kommunen auch in der absolutistischen Zeit der Habsburger im Wesentlichen erhalten geblieben. Frankreich hatte als politischer Gegner gegolten. Das alles hatte sich mit dem Übergang an das protestantische und mit Frankreich verbündete Baden plötzlich geändert. Durch die Niederlage Habsburgs gegen Napoleon hatte sich Österreich nicht nur politisch, sondern auch geographisch entfernt, eine neue Bedrohung war durch den Nachbarn Württemberg gegeben. „Man fürchtet Württemberg wie die Hölle“ war ein Ausspruch des Abts von St. Peter (9). Da war der Übergang an Baden mit einem Landesvater, der um das Wohlergehen seiner Untertanen immer besorgt gewesen war, noch die angenehmere Lösung. Dessen Verlautbarung: „Da jedem Untertan der Zutritt zu seinem Herrn und Landesvater offensteht, bedarf es keines weiteren Organs zwischen dem Kurfürsten und den Untertanen“, bewirkte allerdings eine Form von Resignation, die ein früherer Landvogt der Ortenau in die Worte fasste: „Herr, Dein Wille geschehe“ (9). Um den Breisgau in die Landesorganisation einzubeziehen, wurde nach französischem Vorbild das Land in die Provinzen Ober-, Mittel- und Unterrhein aufgeteilt. Die Breisgauer Beamtenschaft wurde zum großen Teil in andere Landesteile versetzt, was zu ihrer Unzufriedenheit beitrug. Von den Landesständen war der dritte Stand kampflös, die Prälaten durch die Säkularisation verschwunden (9). Der aus Krenkingen stammende Ferdinand von Fechtig war am Wiener Hof zum Vizepräsidenten der Obersten Justizstelle aufgestiegen. Er bot den Klöstern St. Blasien und St. Peter die Übersiedlung nach Österreich an. Das Angebot wurde von St. Blasien angenommen, die Patres von St. Peter aber wollten die Heimat nicht verlassen (9). Den Kirchen, ganz im Dienst des Staates, fiel die Aufgabe zu, die Integration der Regionen zu fördern. In den Predigten sollte der neue Herrscher als von Gott gegeben dargestellt, Geburtstage im Herrscherhaus mit Kirchenfesten gefeiert werden (11). Eingriffe in die bisher praktizierten Frömmigkeitsformen erzeugten allerdings Widerstand und Unzufriedenheit. Mit den adligen Rittern wurde zunächst umsichtig verfahren. Sie waren zwar nicht mehr Stand, aber noch ein Verband (9). Ihnen wurden steuer- und zivilrechtliche Privilegien zugestanden. So waren bis 1809 der Breisgau und damit auch die Waldstädte ohne großen Widerstand nach Baden eingegliedert worden.

### **C. „Mir thäten dir hätzlich gern hälfen wen wir könnten, ... wenn wir Gälitt könnten aufbringen“(11).**

Zusätzlicher Unmut in der Bevölkerung war mit der Heeresaufbringung verbunden. Neben Steuern, Abgaben und Versorgungsaufgaben für die Truppen bedeutete die Einberufung eines Sohnes für die betroffene Familie einen erheblichen Einkommensverlust. Musste Baden 1805 zur Unterstützung Napoleons ein Hilfskorps von 3000 Mann stellen, hatte sich die Zahl durch Beitritt zum Rheinbund und im Krieg gegen Preußen verdoppelt. In die entscheidenden Schlachten mussten badische Truppen bis 1809 noch nicht eingreifen. In den dann folgenden 5. Koalitionskrieg gegen Österreich wurden sie, inzwischen fast 7000 Mann stark, an Donau und bis nach Ungarn hinein aber verlustreich verwickelt. Für eine solch große Truppe reichte die Aufbietung aus der besitz- und vermögenslosen Unterschicht nicht mehr aus. Ein unter dem Druck von Napoleon erlassenes Edikt bestimmte 1808,

dass bei den bis 30 Jahren alten Männern „kein Untertan in der Regel vom Kriegsdienst frei“ sein sollte (11). Eine allgemeine Wehrpflicht bedeutete das noch nicht, waren doch Söhne von Adligen, Gelehrten, höheren Beamten, Ratsmitgliedern, Fabrikbetreibern und Großhändlern vom Wehrdienst befreit. Hatte man genug Geld, konnte man sich von einem bezahlten „Einsteher“ ersetzen lassen (11). Die Oberschichtigen Bevölkerungsgruppen wurden erst mit dem Russlandfeldzug stärker herangezogen, allerdings war die Einberufung auf 19- bis 23- jährige ledige Männer beschränkt. Die Aufbietung der Wehrpflichtigen führte immer wieder zu Schwierigkeiten. Für die badische Regierung war unbekannt, wo und wie viel Wehrpflichtige zur Verfügung standen. Nur der Pfarrer wusste, wer in der Gemeinde geboren, verheiratet, getauft und verstorben war (11). Er sollte nun seine Aufzeichnungen den Behörden zur Verfügung stellen. Häufig und nicht unabsichtlich wurde dabei die Genauigkeit und Dringlichkeit auf eine harte Probe gestellt. So fanden die Rekruten eine Möglichkeit, sich der Einberufung zu entziehen. Einige Kommunen pochten auf frühere Rechtsprivilegien, um die militärischen Verbindlichkeiten zu umgehen (11). Die Hauensteiner bezogen sich auf eine Urkunde, die sie 1800 vom österreichischen Kaiser Franz für ihre Verdienste im Kampf gegen Frankreich erhalten hatten. Dort waren ihnen Privilegien eingeräumt worden, vorwiegend steuerlicher Art. Die Hauensteiner bezogen diese Rechte aber auch auf militärische Verpflichtungen. In Zusammenhang mit den schweren Verlusten, die die badische Truppe bei Napoleons Kriegen im Osten Europas erleiden musste, kam es bei der Rekrutierung 1813 zu einem schweren Zwischenfall in Waldshut (11). Bauern und Bauernsöhne aus dem Hauenstein widersetzten sich der Einberufung, vertrieben mit Knüppeln den zuständigen Oberamtmann und provozierten damit die Androhung von Exekutionen. Wer sich eingeschüchtert zur Einberufung nach Karlsruhe begab, nutzte jede Möglichkeit zur Flucht. Rekruten aus Waldshut flohen über die Schweizer Grenze. Die Stadt Waldshut, weitgehend ohne eigene Rekruten, wandte sich an den badischen Obristleutnant in Freiburg. Er solle doch in seiner Umgebung taugliche Burschen finden, die für ein großzügiges Handgeld und das Waldshuter Bürgerrecht, quasi als Einsteher, Ersatz schaffen sollten (11). Das kam bei den Freiburger Militärbehörden überhaupt nicht gut an, da es den Vorschriften widersprach (11). Eine barsche Ablehnung war die Folge. Die Bereitstellung eines Handgeldes für die Rekruten war nicht unüblich. Es sollte den Start nach Rückkehr aus dem Krieg erleichtern und die Not bei Invalidität mildern. Bei der hohen Wahrscheinlichkeit eines Todes in der Schlacht wurden, sofern möglich, hohe Geldsummen aufgebracht, um Militärs in Schlüsselstellungen zu bestechen. Heirat war eine weitere Möglichkeit, der Einberufung zu entgehen. Sah man keinen Ausweg, griffen die jungen Verzweifelten zu rigorosen Selbstverstümmelungen. Ohne Vorderzähne konnten die Pulverpatronen nicht aufgebissen werden, ohne Daumen und Zeigefinger war das Gewehr nicht zu bedienen (11). Allerdings mussten diese Wehrunwilligen mit harten Strafen und Zwangsarbeit rechnen. Desertion war häufig eine letzte Möglichkeit für Rekruten aus Armutsverhältnissen. Davon zeugt der Brief, in dem der Vater die Unmöglichkeit einer finanziellen Hilfe (s.o.) und die verzweifelte Situation durch die fehlende Arbeitskraft des eingezogenen Sohnes beklagte (11). Das badische Amt Waldshut berichtete, dass zwischen 1809 und 1814 von den 167 Rekruten, die Fahnenflucht begangen hatten, sich mehr als die Hälfte aus Waldshut abgesetzt hatten (11).

#### **D. „Deutsche! Nehmt die Hilfe an, die wir Euch bieten“ (7).**

Dieser österreichische Aufruf zu Beginn des 5. Koalitionskrieges 1809 ist Ausdruck einer antinapoleonischen Stimmung und der Beginn einer nationalen Bewegung, die vom Wiener Hof auf Deutschland übergriff (2). Revolutionäres Gedankengut spielte nur eine untergeordnete Rolle. Der Aufstieg der Nation sollte sich auf Fürstentum und Ständewesen stützen. Ermutigt durch Napoleons Schwierigkeiten in Spanien erhoffte sich Kaiser Franz eine Koalition mit England, Preußen und Russland. Englands Unterstützung war begrenzt, die von Russland und Preußen blieb aus. Der Krieg ging

für Österreich verloren. Gebiete im Osten fielen an Russland, im Süden war durch die Abtretungen an Napoleon und Bayern der Zugang zum Meer versperrt (2). Österreich und die Idee einer nationalen Volksbewegung gegen Napoleon waren gescheitert. Graf Metternich wurde leitender Minister in Wien. Der Krieg zeigte allerdings, wie labil die Integration des ehemaligen Vorderösterreich in die Rheinbundstaaten war. Österreichische Kriegsziele, wie der Wiedererwerb des Breisgaus, Tirols und Vorarlbergs, waren auf die Dauer in diesen Gebieten nicht geheim zu halten (9). J. M. Armbruster als Journalist und F. Ulm als Stratege, beide waren Breisgauer, wirkten von Österreich aus in ihre ehemalige Heimat hinein. Baden war bündnisgerecht gezwungen, Truppen gegen Österreich in den Kampf zu schicken. Die Aufbietung führte im Schwarzwald zu Widerstand. Man wollte nicht gegen den ehemaligen Landesvater in den Krieg ziehen, nein, es wurden sogar österreichische Gefangene befreit und auf geheimen Wegen in ihre Heimat gebracht (9). Ein schnelles Kriegsende war Karl Friedrich daher nicht ungeliebt. Er zeigte sich gegenüber diesen Widerständlern großzügig, da sie aus Anhänglichkeit gegenüber der früheren Landesherrschaft gehandelt hätten. Die Misstimmung blieb dem Breisgau aber erhalten. Die Verwaltung lag im Argen, die Finanzlage war prekär, die Steuern mussten erhöht werden, der ritterliche Adel verlor seine Steuerprivilegien. Es war nun die Aufgabe für von Reitzenstein, die Missstände anzugehen. Neben einer Verwaltungsreform und einer Verbesserung der Finanzlage war das Vertrauensverhältnis zu Napoleon zu vertiefen. Bei der Neuordnung der Verwaltung nahm von Reitzenstein keinerlei Rücksicht mehr auf historische Traditionen und regionale Sonderinteressen (3). Vorbild war ihm, zur Zufriedenheit Napoleons, der französische Zentralismus. Die Einteilung des Landes in die drei Provinzen wurde aufgehoben und durch zehn Kreise ersetzt. Diese wurden von Kreisdirektoren geleitet. Der Breisgau gliederte sich in Dreisamkreis mit der Hauptstadt Freiburg, in den Donaukreis mit Villingen und den Wiesenkreis mit Lörrach als Hauptstadt. Waldshut gehörte bis 1815 zum Wiesenkreis, 1810 wurde das Waldshuter Oberamt zum Bezirksamt. Den Kreisen unterstanden das Polizei- und Schulwesen, die Kirchen und die Zivilrechtspflege. Außerdem hatten sie für die Förderung von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft zu sorgen (4). Die Wahl eines Bürgermeisters musste staatlich bestätigt werden. Die Autonomie der Gemeinderäte und Bürgerausschüsse wurde eingeschränkt. Ab 1809 bestand somit eine straffe Verwaltungshierarchie, eine Antwort auf das Größenwachstum des Landes (3). Der Adel verlor neben den Steuerprivilegien seine Souveränitätsrechte, den privilegierten Gerichtsstand, die Befreiung vom Militärdienst, die Patronatsrechte für Schulen und Kirchen und seine administrativen Zuständigkeiten (3). Die staatlichen Einnahmen stiegen zwar, aber die Verschuldung wuchs durch die Übernahme der Schulden neu hinzugewonnener Gebiete und infolge der Kriegslasten wesentlich schneller.

Die zunehmende Verschuldung des Staates mit den daraus folgenden steuerlichen Belastungen durch Napoleons Kriegsführung in Spanien und Russland führten zu einer Umschwung in der Stimmung der breisgauischen Bevölkerung. Aus Spanien kamen nur weniger als ein Drittel der Truppen zurück, am Russlandfeldzug 1812 nahmen 6700 badische Soldaten teil, von denen nur ein Zehntel heimkehrte. Als auch noch eine Abgabe auf Schnaps erhoben wurde, kam es im Hotzenwald zu erneuten Unruhen. Immer mehr Männer kamen der Wehrpflicht nicht nach. Salpeterer und Aegidler, eine rebellische Bauerngruppe aus Birndorf unter ihrem Führer Aegid Riedmatter, machten der Regierung erheblich zu schaffen (9). Im ganzen Land regte sich 1813 heftiger Protest des ritterlichen Adels als Großherzog Karl, Sohn des verstorbenen Karl Friedrich, die Verfassung brach und die Patrimonialgerichtsbarkeit der adeligen Grundherren aufhob. Für Unruhe im Breisgau sorgten auch Kriegsnachrichten über die Probleme Napoleons in Russland und Spanien. Am badischen Hof gab man sich noch gelassen. "Von den biedereren Breisgauern ist in keinem Fall eine Widersetzlichkeit, noch viel weniger ein Aufruhr zu befürchten, wenn sie nicht durch fremdes Beispiel dazu gereizt werden", war dort die Meinung (9).

Großherzog Karl hatte 1811 in einer unsicheren Zeit die Regierungsarbeit übernommen. Das Bündnis mit Napoleon zwang zu einem hohen Militäraufwand und verschärfte die Staatsverschuldung (3). Das Zerwürfnis über die Kontinentalsperre zwischen Frankreich und Russland zwang Österreich und Preußen zu einer Richtungsentscheidung. Während Metternich anfangs versuchte, trotz Bereitstellung von Truppen im Osten die Verbindung nach Russland nicht abreißen zu lassen, kam es in Preußen zwar zu antifranzösischen, patriotischen Stimmungen, aber keinesfalls zu einem Bruch mit Napoleon. Dem österreichischen Beispiel folgend, war man diplomatisch bemüht, Zar Alexander wohlwollend zu stimmen. Es war aber noch unvermeidlich, dass bei Napoleons Feldzug gegen Russland rheinbündische, österreichische und preußische Truppen mitmarschierten. Deutsche stellten ein Drittel der Großen Armee (2). Kälte, Hunger, die schneebedeckte Unendlichkeit des Landes und die den widrigen Verhältnissen besser angepassten Kosaken bereiteten den Soldaten Napoleons ein bitteres Ende. In der Folge kam es zum Bruch Preußens mit Napoleon und 1813 zum Beginn der stark patriotisch geprägten Befreiungskriege, denen sich Österreich erst nach eindeutiger Unterstützung durch Russland zögerlich und verspätet anschloss. Großherzog Karl fürchtete nun um die territorialen Zugewinne Badens, waren sie doch von Napoleon garantiert. Man war weiterhin Grenzstaat zu Frankreich und Napoleon nicht endgültig geschwächt. Bayern und Württemberg hatten kurz nach Bildung der Allianz den Rheinbund verlassen, Baden erst Ende 1813 als man von der Niederlage Napoleons überzeugt war. Nur so konnte eine Aufteilung des Großherzogtums unter Österreich, Württemberg und Bayern verhindert werden. Erneut waren erhebliche finanzielle Belastungen zu tragen und 8000 Soldaten in das Bündnis einzubringen (3). Die Befürchtungen am Karlsruher Hof waren auch durch innenpolitische Vorkommnisse verstärkt worden. Als sich der Krieg gegen Napoleon nach Frankreich verlagerte, wurde der Breisgau erneut von Truppendurchzügen mit den Belastungen für die Bevölkerung getroffen. Zuerst waren es die Franzosen, danach Truppen der Alliierten. Vor allem die Anwesenheit österreichischer Truppen erweckte Wünsche, wieder den österreichischen Kaiser als Landesvater zu haben. Diesem wurde auf seinem Weg nach Frankreich und zurück nach Wien das Begehren vorgetragen. Treibende Kräfte waren Mitglieder der ehemaligen Stände, die sich eine Wiederherstellung früherer Rechte erhofften. Ferdinand Fechtig aus Krenkingen hatte bereits Fürst Metternich von den strategischen Vorteilen einer Wiedergewinnung des Breisgaus zu überzeugen versucht. Kaiser Franz hatte ein offenes Ohr für Deputationen aus dem Hauenstein mit dem Alt-Redmann Johann Michel Jehle aus Waldkirch an der Spitze. Auch Joseph Kern aus Waldshut, ein Vertrauter des Abt Speckle in St. Peter und Kreisrat im Wiesenkreis, machte sich für die Rückkehr ins Kaiserreich stark. Wegen unklarer Gebietsentschädigungen für Baden wollte sich Kaiser Franz nicht festlegen. Großherzog Karl konnte ein solches Werben in Wien nicht dulden, waren ihm doch eine große Zahl der Deputierten als Beamte verpflichtet. Bestrafung der Beamten, verschärfte Eintreibung der Steuern und vermehrte Einquartierungen badischer Truppen in den Unruheregionen waren seine Antwort (9).

#### **E. „Doch man tat gerne sein äußerstes, es sind ja unsere Landeskinder“ (11).**

Es war keine zwanzig Jahre her, da hatten die Waldstädte ihre Söhne dem Heer des habsburgischen Kaisers zur Verfügung gestellt, jener Armee, „um die etwas Wunderbares war“, wie es J. Ruch formuliert (12). Wie konnte der schnelle Frontwechsel akzeptiert werden? Wider Erwarten war es erneut das Militär, das in den Rheinbundstaaten ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität schuf, obwohl es nun an der Seite Napoleons gegen Österreich kämpfte (11). Die Zeiten der Werbearmeen waren vorbei, fast jede Familie hatte einen nahen Verwandten in der großherzoglichen Truppe. Nicht nur auf politischen Druck hin, sondern aus patriotischer Verbundenheit war auch die Kirche in Solidaritätsaktionen eingebunden. Im Heidelberger Raum wurden 1812 nach dem Gottesdienst für das „im Felde stehende arme und kranke vaterländische Militär“ Kollekten durchgeführt. Aus der kirchlichen

Kollekte, ursprünglich religiös-karitativ, war nun ein patriotisches Opfer auf dem Altar des Vaterlandes geworden (11). Neben einer erneuten Steuererhöhung dienten Spendenaktionen auch der Hilfe für zerstörte Städte. Nicht erst in den Befreiungskriegen gegen Napoleon, sondern schon in den Kriegen an dessen Seite wurde Gottvater als der große Alliierte für die eigene Seite gesehen (11). Die Rheinbundstaaten sahen sich als nationale Kämpfer für Deutschland, das von Österreich bedroht war. Zudem sah man sich auf der Seite des „größten Heerführers unseres Zeitalters“ (11). Diese Begeisterung für Napoleon zerbröckelte durch die Verschleppung einer Verwaltungsreform mit Eingriffen in die gewohnten Rechte, durch den Steuerdruck, die Meinungszensur und eine schwere Wirtschaftskrise 1810/11 als Folge des Handelskrieges mit England. Die Verarmung der badischen Bevölkerung nahm erheblich zu. Als sich Ende 1811 erneut ein Komet am Himmel zeigte, erinnerte man sich dieses Schreckenszeichen in der Vergangenheit (11). Der Russlandfeldzug begann. Die anfänglichen Siegesfeiern mit Stadtbeleuchtung, Musikzug und Gottesdiensten wurden bald von Skepsis und schließlich von Trauer und Leid eingeholt. Nur 10 Prozent der Soldaten hatten den Krieg überlebt. Die heimkehrten „waren äusserst matt, gelb-braun von Aussehen, konnten weder essen noch trinken, ... ihre Ausdünstung war äusserst eckelhaft, und zuwider, die mehrsten aller Zurückgekommenen starben“. Feiern gab es keine, Gottesdienste wurden für die Gefallenen gehalten (11).

#### **F. „Vater unser, der Du bist in der großen Stadt an der Wien“(11).**

Der erfolgreiche Krieg der Alliierten und der ehemaligen Rheinbundstaaten gegen Napoleon löste im südlichen Baden keine Jubelstürme aus. Erkauft war er mit der höchsten Aushebung an Soldaten, von denen nur zwei Drittel heimkehrten. Die heimischen Soldaten waren Teil der „Kriegsvölker“, die sich gegen Frankreich verbündet hatten: Karpaten, Kirgisen, Basken, Kalmücken, Bulgaren, Tartaren, Finnen, Slowaken, Ungarn, Österreicher, Böhmen, Preußen, Holländer, Schweden, Dänen, Engländer, Spanier und Portugiesen. Nationale Gefühle konnten da nicht aufkommen, die Religion überlagerte die nationale Sichtweise. Ein Handwerksmeister von der Schwäbischen Alb schrieb 1814 in seine Chronik, man solle Gott um den Sieg der Alliierten „auf Knien anflehen“ (11). Im ehemaligen Vorderösterreich hoffte ein ehemaliger adliger Jurist, das Land möge „zu seinem uralten Regentenstamm zurückkehren, die badischen Gesetzmäkler, unersättlichen Blutigel und Adelsverderber“ aber verschwinden (11). Das Umtexten des „Vater Unser“ auf den österreichischen Kaiser gab nach Ansicht des Freiburger Regierungsrates F. Stein durchaus die Meinung der Bevölkerung wieder (11). Zum Jahreswechsel 1813/14 stiegen im Süden die Durchmärsche Richtung Frankreich stetig an. Vorspannleistungen, Verlust von Zugtieren und Wagen, überbelegte Quartiere, bedrückender Anstieg der Lebensmittelpreise und Gewalt durch das Militär quälten die Bevölkerung. Neben Österreichern waren es Russen, die den Weg nach Westen suchten. Wegen ihrer Gewalttätigkeit und dem Alkoholkonsum waren die Russen sehr gefürchtet. Mitte November 1813 waren zwanzigtausend Mann Infanterie und viertausend Mann Kavallerie aus Österreich in Waldshut eingezogen, von der Bevölkerung, in Erinnerung an ihren habsburgischen Ursprung, noch freudig begrüßt (12). Nur Dank der Unterstützung durch den Industriellen Benedikt Bölle konnte die Stadt die Belastungen schultern. Nach dem Jahreswechsel brach in der Truppe Typhus aus. Das Kapuzinerkloster wurde zum Lazerett umgebaut und diente bis 1816 als Militärspital. Es war üblich, dass sich damals entlang der Marschrouten Infektionskrankheiten und Seuchen ausbreiteten. Typhus galt als „Russenerkrankheit“ (11). Das Leid im Land ließ keine Siegestimmung zu. Ein Tagebucheintrag aus der Zeit gibt das deutlich wieder: „Tausende auf dem Schlachtfeld, tausende zu Krüppel, aber noch mehr Armuth, Unglück und Elend, tausende dadurch vor der Zeit in das Grab, es läßt sich all das Elend des Krieges nicht beschreiben“ (11). Als am 18. Oktober 1814 die Völkerschlacht bei Leipzig als Gedenktag zum ersten- und letzten Mal gefeiert werden sollte, stand mehr die Sozialschichtung der Bevölkerung als eine nationale Gedenkveranstal-

tung im Vordergrund. Adel, Militär und Stadthonorationen bildeten den Festzug, das Volk sollte zuschauen. Dieses zog es aber vor, zuhause zu bleiben oder sich im Wirtshaus zu versammeln (11).

### **G. „Tiefgesunkener Wohlstand der Untertanen ... Niedergeschlagenheit - ängstliches Sehen nach besseren Zeiten“ (11).**

Die Kostenumlagen für und durch die Kriegsführung, die direkten Kriegsschäden und die Steuerpolitik Badens setzten der Bevölkerung im Süden heftig zu. Von 1792 bis um die Zeit des Wiener Kongresses stieg die Steuerbelastung annähernd um das Doppelte und damit auf ihren bisher höchsten Stand (11). Die von Napoleon erzwungene Kontinentalsperre gegen England traf die sich entwickelnde Textilindustrie, die noch schwache Uhrenherstellung und den Handel. Der Verlust an Rindern, Schweinen und Schafen ging in die Millionen. Verschärft wurde die Not durch eine Kälteperiode, die über Jahre zu einem Einbruch der Ernteerträge führte. Am heftigsten war die Not an den Ausläufern des Schwarzwaldes und entlang der Durchmarschstraßen des Militärs. Hier nahm die Armut am stärksten zu. Die Leistungen der Armenhilfe richteten sich in Baden weiterhin nach dem Heimatprinzip. Stiftungen und Gemeinden waren aber finanziell so unterschiedlich ausgestattet, dass von einer Gleichbehandlung der Armen im Land nicht die Rede sein konnte (15). Intensiver arbeitete Karlsruhe daran, die in ihrer Herkunft und im religiösen Glauben unterschiedlichen Gebiete durch Verwaltungsmaßnahmen zusammenzuführen. Zentralisation, ein einheitlich organisiertes Schulwesen, die Unterordnung der Kirchen und eine einheitliche und unabhängige Staatsrechtspflege dienten diesem Ziel (15). Überall und nicht nur in der Armenpflege zeigte sich, dass das primäre Interesse des Staates die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und nicht die Bekämpfung von Not und Armut war.

Über die schwierige wirtschaftliche Lage Waldshuts in dieser Zeit berichtet M. V. Miltenberger im zweiten Band der Waldshuter Geschichte (10). Waldshut hatte zum Jahrhundertwechsel gut tausend Einwohner. Bis zum Wiener Kongress hatte es 20 Jahre lang unter den Truppendurchzügen gelitten. Holz war zu einem begehrten Gut geworden, das aber für den eigenen Bedarf benötigt wurde. Das Spitalgebäude und die Hausarmen wurden durch die Einnahmen aus dem Spitalwald mit dem Nötigsten versorgt (10). Das Waldamt verkaufte Holz an Bürger und besoldete teilweise seine Angestellten damit. Missbrauch wurde streng bestraft (10). Die Baumwollindustrie hatte sich schon gut fünfzig Jahre vorher am Hochrhein entwickelt. Vater Kilian und seinen Söhnen gelang es über Jahrzehnte, die ursprüngliche Stoffbleiche und Färberei in Waldshut weiterzuentwickeln, die Leinenindustrie auf die ertragreichere Baumwollfabrikation umzustellen und eine Weberei und Düngemittelproduktion aufzubauen. Schwierigkeiten familiärer, finanzieller und politischer Art, auch Rhein- und Kontinentalsperre haben die Kilians gemeistert. Das Marktgeschehen in Waldshut bestand auch in den schwierigen Anfangsjahren des neuen Jahrhunderts fort. Gehandelt wurde vor allem mit Früchten, Wein, Salz, Tabak und Vieh (10). Der Typhusausbruch in der Stadt 1814 hat den Märkten dann schwer geschadet. Mehr als zwei Drittel der südbadischen Bevölkerung waren noch in der Landwirtschaft tätig. Diese litt unter extremen Witterungsbedingungen, gestörten Erntezyklen und den Militärdurchzügen. Eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten war die Folge. Die Getreidepreise stiegen in den Kriegsjahren bis 1810 um mehr als 200 Prozent. Am schärfsten betroffen von der Teuerung waren diejenigen, die mangels materieller Reserven die Notlage nicht abfedern konnten. In den Jahrzehnten zuvor war die ländliche und städtische Unterschicht sehr stark gewachsen (11). Ende des 18. Jahrhunderts gehörten im Breisgau mehr als die Hälfte der erwachsenen Männer der Unterschicht an. Zwei Drittel der Einwohner waren verschuldet (11). Heimarbeit konnte die prekäre Lage nur selten bessern. Besonders die Leute im Südschwarzwald waren von Armut betroffen. Gaunerwesen und Raubdelikte nahmen zu, Pauperismus machte sich breit. Die Armenkassen konnten die Not nicht mehr mildern.

Die Zahl der Notleidenden war zu groß, das Spendenaufkommen und die Beiträge des überschuldeten Landes gingen zurück (11). Durch die Säkularisation war das Vermögen der Klöster und Kirchen eingezogen worden, deren Armenunterstützung brach ein. E. Haug schreibt in Band 2 der Waldshuter Geschichte, dass in den Kirchen staatlich angeordnete oder bewilligte Kollekten nicht nur für Einzelpersonen, sondern für ganze Gemeinden abgehalten wurden (6). Amtlicherseits wurden sie im "Waldshuter Intelligenzblatt" öffentlich gemacht. Organisiert wurden sie von Kirche oder Kommune. Almosen in Form von Geld oder Naturalien durften den Armen nicht persönlich gespendet werden, sondern waren an Sammelstellen abzugeben (6). Es sollte nicht gebettelt werden; Betteln war verboten und wurde bestraft. 1810 wurden in Waldshut 40 Arme aus Stiftungen unterstützt, im Wesentlichen waren es der Spital- und Almosenfonds. Die arbeitsfähigen Armen wurden im Spital in einer kleinen Spinner- und Weberei zur Arbeit angehalten, zu dieser Zeit weniger in erzieherischer, sondern in ökonomischer Absicht (8).

Durch die Säkularisation waren die katholischen Fürsorgeeinrichtungen nicht mehr aktiv. Kirchlichen Persönlichkeiten wurden von der Regierung zwar noch zentrale Aufgaben im öffentlichen Leben zuerkannt, die Rolle der katholischen Kirche in der Armenfürsorge war aber eingeengt und unflexibel. In Predigten, Hirtenbriefen und Gebetsbüchern wurden Reichen und Armen sittliche Verhaltensregeln beim Umgang mit der Armut aufgezeigt. Der Blick für die sozialen Ursachen der Armut war nicht gegeben, Armut galt als eine soziale Konstante (13). Unterschieden wurde zwischen würdigen und unwürdigen Armen. Trotz ihrer begrenzten Möglichkeiten wollte die Kirche ihre Kompetenz in der Armenfürsorge aber nicht aufgeben (13). Dabei zeigten sich zwei unterschiedliche Tendenzen: Zusammenarbeit mit staatlichen Organisationen oder aber eigenständige katholische Armenfürsorge (13). So entstand von Ort zu Ort eine andere Fürsorgepraxis. Im Verlauf der Jahre entwickelte sich dann aus kirchlicher, kommunaler, staatlicher und privater Hilfe wieder eine eigenständigere Armenfürsorge der katholischen Kirche, der Ursprung der katholisch-spezifischen Caritas. Gerade im südbadischen Raum, katholisch in einem vorwiegend protestantischen Großherzogtum, war dieser Wandel von Bedeutung. Südbaden war weniger industrialisiert als der Norden und litt dadurch an größerer Armut (13). Von dieser waren auch die Kapuziner in Waldshut betroffen, bei denen die Armen aber dennoch weiterhin Zuflucht suchten.

Im benachbarten Bonndorf war 1789 von Fürstabt Martin Gerbert ein Spital mit Arbeitshaus gegründet worden. Es sollte Armen, pflegebedürftigen Kranken und Alten, die ihr Brot nicht eigenständig erwerben konnten, Unterkunft und Unterhalt gewähren (13). Für Martin Gerbert war Armenhilfe Christenpflicht und Gottesverehrung (13). Im Spital mit Arbeitshaus sollten die Bewohner „zu einem wahren Kristenthum und nützlichen Bürgern gebracht werden“ (13). Für den Abt war ein guter Christ auch ein guter Bürger und umgekehrt. Unterkunft im Spital fanden gut 30 Personen. Der Tagesablauf war in der Hausordnung festgelegt. Der Tag begann zwischen 5 und 6 Uhr mit einem gemeinsamen Gebet und einer Morgenmesse. Vormittags waren die Bewohner mit häuslichen Arbeiten beschäftigt. Mittags galt eine Stunde der Erholung, bis Spätnachmittag wurde wieder gearbeitet. Nachtgebet und Abendessen beschlossen den Tag (13). Tabak, Alkohol und Arbeiten außerhalb des Spitals waren untersagt. Bei Ungehorsam wurde das Wochenbrot entzogen, im Wiederholungsfalle gab es Arrest. Finanziert wurde das Spital über eine Sondersteuer. Das Arbeitshaus wurde später den finanziellen Engpässen geopfert. Der badische Staat wollte den Einfluss der Kommune auf die Belegung der Spitalplätze begrenzen und dort Arme und pflegebedürftige Kranke unterbringen. Dem widersetzten sich die Kommunen Bettmaringen, Bonndorf und Gutenberg erfolgreich. Mit Verweis auf die Stiftungsurkunde brachten sie dort ihre alten, hilfsbedürftigen Einwohner unter (13).

## **H. „Sehr eifrig drang man auf Beschäftigung der Armen, aber die Leute waren viel zu hungerschwach, um viel zu arbeiten“ (11).**

Die Hausordnung im Bonndorfer Spital verdeutlicht, dass die Pädagogisierung der Armen in der Zeit nach der Französischen Revolution auch im Südschwarzwald noch einen hohen Stellenwert hatte. Mangelnde Bildung galt als eine wesentliche Ursache der Armut. Auch daraus erwuchs das Bestreben des Staates, Sozialpolitik mit Zwang und Repression zu verbinden (4). Öffentliche Fürsorge wurde, wie zuvor, durch private Wohltätigkeit ergänzt. Jahrhundertlang war Hilfe für die Armen von der Hoffnung auf Gegenseitigkeit oder aber auf das persönliche Seelenheil bestimmt gewesen. Durch und nach der Französischen Revolution bewirkte aufklärerisches Gedankengut ein zusätzliches Motiv, nämlich gegenseitige Solidarität (4). Das christliche Prinzip des solidarischen Eintretens für die Armen vermischte sich mit dem Prinzip der Mitmenschlichkeit und durch das Entstehen einer kapitalistischen Industrialisierung mit einer Absicherung innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Die politische Bedeutung der Solidarität entwickelte sich, darauf hat J. Habermas hingewiesen, erst nach der Französischen Revolution. Ursprung ist der Kampfbegriff der Brüderlichkeit, der in dem Bewusstsein wurzelt, „dass die eigene lokale Gemeinde jeweils als Teil der universalen Gemeinschaft aller Gläubigen erlebt wird“ (5).

In Waldshut lebten am Ende des ersten Jahrzehnts im 19. Jahrhundert etwa 1000 Menschen, davon nur gut 15 Prozent mit Waldshuter Ortsbürgerrecht (14). Handwerk und Kleingewerbe waren die Haupteinnahmequellen, 60 Prozent der Bewohner waren allerdings auf landwirtschaftlichen Nebenerwerb angewiesen (10). Rund ein Drittel der Bewohner waren arm. Ständig von Armut bedroht waren Tagelöhner, Heimarbeiter, Dienstboten und ungelernete Fabrikarbeiter (6). Die fehlende soziale Absicherung führte bei Krankheit, Unfall, Wirtschaftsschwäche und Alter unvermeidlich in die Armut. Rücklagen konnten diese Menschen wegen des prekären Lohns nicht bilden. Unverändert hatten alleinstehende Frauen und Kinder das höchste Armutsrisiko. Das Spital war ihnen keine Anlaufstation, es war Lazarett und Getreidespeicher. Die bisher hilfreichen Mönche mussten sich aus Waldshut zurückziehen. Für die Armen hatten der Spitalfonds und die Gemeindegasse zu sorgen. Die Zuwendungen waren so gering, dass die Bedürftigen auf Spenden aus den Kollekten angewiesen waren. Unterernährung war eine der häufigsten Erkrankungen.

Das Vaterunser an den Kaiser in Wien wurde vom dort tagenden Kongress nicht erhört. Die Geschichte wurde nicht zurückgedreht. Das Gleichgewicht der Mächte stand im Vordergrund. Baden blieb in seinen Grenzen als Pufferstaat zwischen den Großmächten Frankreich und Österreich erhalten. Wer auf eine Rückkehr ins österreichische Lager gehofft hatte, fühlte sich verraten. Da Baden eine tolerante Politik verfolgte, behielt man sein Amt und wandte sich den Schäden zu, die der lange Krieg und die unzähligen Truppendurchmärsche hinterlassen hatten. So fand man sich bald mit den Verhältnissen ab und hoffte auf die Erstellung einer badischen Verfassung (9).

## I. Quellennachweis:

1. Berg, R., Selbmann, R.: Grundkurs Deutsche Geschichte. Bd.1, Cornelsen Verlag 1988.
2. Braubach, M.: Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. In: Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte. B. 14.
3. Engehausen, F.: Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden. G. Braun V. 2005.
4. Geremek, B.: Geschichte der Armut. dtv 1991.
5. Habermas, J.: Im Sog der Technokratie. Suhrkamp Verlag 2013.
6. Haug, E.: Die Armenfürsorge in Waldshut. In: Waldshut im 19.Jahrhundert. Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2. J. Fink Verlag 1999.
7. Höfert, M.: Freiburger Geschichte in Zitaten. 2013.
8. Isele, J.: Das Hl. Geist-Spital zu Waldshut 1411/1422. H. Zimmermann KG Waldshut.
9. v. Kageneck, A.: Das Ende der vorderösterreichischen Herrschaft im Breisgau. Rombach Verlag Freiburg 1981.
10. Miltenberger, M.V.: "Markt und Stapelplatz". In: Waldshut im 19.Jahrhundert. Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 2. J. Fink Verlag 1999.
11. Planert, U.: Der Mythos vom Befreiungskrieg. F. Schöningh Verlag 2007.
12. Ruch, J.: Geschichte der Stadt Waldshut. H. Zimmermann KG 1966.
13. Schröder, Ch.: Armenfürsorge und katholische Identität. LIT Verlag 2014.
14. Weiss, A. Ch.: Waldshut und seine Bürger vom Übergang an Baden bis zur Revolution von 1848/49. In: Waldshut im 19.Jahrhundert. Geschichte der Stadt Waldshut. Bd.2. Fink Verlag 1999.
15. Weller, A.: Sozialgeschichte Südwestdeutschlands. K. Theiss Verlag 1979.
16. Westermann, C.: Von Österreich nach Baden. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd.2, J. Fink Verlag 1999.